

Stand: 10.02.2026 04:50:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9793

"Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz - Maßnahmenpaket zur Stärkung der Lebensmittelüberwachung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9793 vom 28.01.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10733 des UV vom 05.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10970 vom 12.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 12.04.2016



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Harry Scheunstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld SPD**

Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz Maßnahmenpaket zur Stärkung der Lebensmittel- überwachung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung im Bereich des Verbraucherschutzes folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Stärkung der Unabhängigkeit der Lebensmittelüberwachung:

Es ist das Amt eines unabhängigen bayerischen Beauftragten für Verbraucherschutz einzurichten.

Das staatliche Veterinärwesen und die Lebensmittelüberwachung sind aus den Landratsämtern auszugliedern und dafür eigene staatliche Ämter für Veterinärwesen und die Lebensmittelüberwachung zu errichten.

2. Verbesserung der Kontrollen:

Die Wirkung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird maßgeblich von drei Faktoren bestimmt:

- der Qualität der unternehmerischen Eigenkontrollen,
- der Möglichkeit der staatlichen Kontrollbehörden und
- einem fachlichen und personell gut ausgestatteten, unabhängigen und einheitlichen Vollzug.

zu a) Die Eigenkontrollsysteme sind effektiver zu gestalten und deren Erkenntnisse stärker für die amtliche Überwachung zu erschließen durch

- Verbesserung der Qualitätsstandards für Eigenkontrollen,
- Prüfung, ob und wie die branchenspezifischen Leitlinien für verbindlich erklärt werden können und als Grundlage für behördliche Maßnahmen dienen können,
- Konkretisierung der Pflicht zur Dokumentation von Eigenkontrollen,

- verstärkte Begleitung und Überwachung der Eigenkontrollen durch die amtliche Lebensmittelüberwachung, unabhängig von Betriebskontrollen,
- Erhöhung der Anzahl von Eigenkontrollen bei Betrieben mit positiven Befunden innerhalb der letzten 3 Monaten,
- Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln durch normative Vorgaben,
- Schaffung der Funktion eines Produktsicherheitsbeauftragten für bestimmte Unternehmen, der als Teil des Unternehmens Kontrollaufgaben im Interesse des Gemeinwohls wahrnimmt, und
- zu schaffende Voraussetzungen, um die Ergebnisse der Qualitätssicherungssysteme der Wirtschaft für die amtliche Kontrolle nutzbar zu machen und dadurch für beide Seiten Synergien zu erreichen, zum Beispiel durch die Überlassung der Unterlagen von nach Internationaler Food Standard-zertifizierten Betrieben.

Zu b) Die Möglichkeiten der Kontrollbehörden sind durch

- die verbindliche Anwendung des Vier-Augen-Prinzips bei Betriebskontrollen – mindestens bei den für den überregionalen Markt produzierenden Lebensmittel- und Futtermittelunternehmen,
- die Einführung verbindlicher und transparenter Merkmale bzgl. der Einteilung in Risikokategorien und der daran anknüpfenden Kontrollhäufigkeit,
- einheitliche und verbindliche Vorgaben zur Kontrolltiefe bei Betriebskontrollen, unter anderem durch die Erstellung von verbindlichen Checklisten,
- eine regelmäßige Überprüfung durch die jeweilige Fachaufsicht,
- Überprüfung und Weiterentwicklung der Kriterien für eine angemessene risikoorientierte Auswahl notwendiger Proben, die das Risikopotenzial der zu überwachenden Betriebe verstärkt einbeziehen,
- die Schaffung von Kapazitäten für Verdachtsproben (diese haben aber üblicherweise einen deutlich höheren Beanstandungsgrad als Planproben),
- deutlichen Ausbau der Laborkapazitäten zu verbessern.

3. Vereinheitlichung des Systems der Lebens- und Futtermittelüberwachung:

Mehr als 400 verschiedene Kontrollbehörden üben in der Bundesrepublik völlig uneinheitlich die Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung in sicherheitsrelevanten Bereichen aus. Die Staatsregierung setzt sich für ein bundeseinheitliches Kontrollsyste ein. Dabei sind auch Ausstattung und Strukturen des Datenaustauschs- und -managements (u.a. ADV-Katalog) zu überprüfen.

Darüber hinaus sollen für einen länderübergreifenden Vergleich geeignete Kennzahlen entwickelt werden, die Leistungen, Kosten und Wirkungen der amtlichen Lebensmittelüberwachung abbilden. Dabei sind alle wesentlichen Überwachungsaufgaben und operativen Maßnahmen zur Erreichung der strategischen Länderziele zu berücksichtigen.

4. Stärkung der interdisziplinären Spezialeinheit und Erweiterung ihres Verantwortungsbereichs:

In Bayern ist bereits eine schlagkräftige interdisziplinäre Kontrolleinheit, die über produkt-, branchen- und unternehmensspezifischen Sachverstand verfügt, neben den herkömmlichen Kontrollstrukturen implementiert.

Diese Spezialeinheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit stellt das notwendige komplexe Fachwissen für die Kontroll- und Untersuchungstätigkeit sicher. Zu ihren Aufgabenbereichen gehört zwischen ortsverschiedenen Unternehmen derselben Branche zu vergleichen, die Kontrollergebnisse insbesondere im Rahmen einer Schwachstellenanalyse auszuwerten und dies bei künftigen Kontrollen einfließen zu lassen.

Die Spezialeinheit soll vor allem die für einen überregionalen Markt produzierenden Lebensmittel- und Futtermittelunternehmen überwachen sowie alle Betriebe, die dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) unterliegen.

5. Verbesserung der Rotation:

Für die Rotation des Überwachungspersonals in den Kontrollbehörden sind einheitliche und präzise Standards zu entwickeln. Etwaige Versuche der kontrollierten Stellen, amtliche Kontrolleurinnen/Kontrolleure zu beeinflussen, lassen sich so begrenzen.

Die Rotationspflicht der Prüfer wird auf spätestens nach Ablauf von 3 Jahren festgelegt.

6. Angemessene Ausstattung mit Personal und Sachmitteln:

Die personellen und sachlichen Kapazitäten der Überwachungseinrichtungen müssen die erforderlichen Schutzfunktionen der Lebensmittelüberwachung nach den EU-rechtlichen Vorgaben jederzeit umfassend sicherstellen.

Daraus folgt, dass der quantitative, qualitative und organisatorische Zuschnitt der zuständigen Ämter auf deren Aufgaben im Einzelnen auszurichten ist. Diese Aufgaben müssen im Vorfeld analysiert werden. Die erforderliche Personalausstattung folgt maßgeblich dem nach der Risikoanalyse ermittelten Kontrollumfang. Kontrolldefizite müssen mit organisatorischen und personellen Maßnahmen abgebaut werden.

Aufgabe einer Personalbedarfsermittlung ist es, den für eine vorgegebene Aufgabe erforderlichen Personalbedarf möglichst genau zu bestimmen. Der Personalbedarf ist nach anerkannten analytischen Methoden zu ermitteln. Es müssen aber auch grundsätzliche Fragen bzgl. Eingruppierung und Laufbahn untersucht werden, um die Gewinnung von qualifizierten Arbeitskräften sicherzustellen.

7. Erläuternde Zusammenstellung aller einschlägigen Rechtsvorschriften:

Angesichts der komplexen, verflochtenen Rechtslage ist der Zugang zur Rechtsmaterie der Vorschriften des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB) mit seinen Verweisen auf höherrangiges EU-Recht für die Anwender deutlich erschwert. Um diesen Zugang zu erleichtern, wird für die Anwender eine erläuternde Zusammenstellung aller einschlägigen Rechtsvorschriften entwickelt. Insbesondere wird dabei detailliert auf die Bestimmungen des EU-Rechts, vorrangig auf die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und zur Festlegung von Verfahren für Lebensmittelsicherheit und das sog. Hygienepaket, den Verordnungen (EG) des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 852/2004, Nr. 853/2004 und Nr. 854/2004, eingegangen.

Weiter ist in dieser Handreichung zu erläutern, wie die zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffe und Ermessensspielräume in den EU-rechtlichen und nationalen Bestimmungen zur Durchführung der amtlichen Überwachung und die auch in sicherheitsrelevanten Bereichen anzutreffenden Lücken bzw. zu vagen Vorgaben im bundeseinheitlichen Ausführungsrecht, insbesondere in der AVV RÜb 135 auszulegen sind.

Hierbei ist insbesondere auf die korrekte Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes einzugehen und wie bei widerstreitenden Interessen die Grundrechtsabwägung vorzunehmen ist. Wirtschaftliche Interessen auf der einen Seite und die Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung auf der anderen Seite ziehen häufig ein Untermaßverbot des Staates nach sich. Klarzustellen ist, dass ein Leistungsrecht auf Gesundheits- und Lebensschutz gegen Angriffe privater Dritter besteht. Dieses Leistungsrecht muss als Ultima Ratio immer auch die Information der Öffentlichkeit einschließen.

8. Prüfung von möglichen Synergien mit anderen umweltbezogenen Kontrollen:

Die Staatsregierung überprüft, ob im Rahmen von anderen Überwachungstätigkeiten, vor allem im Bereich des Immissionsschutzes, Synergieeffekte bestehen, und ob diese Kontrollen den Verbraucherschutz unterstützen können.

9. Regelmäßiger Bericht über die Umsetzung:

Über den Stand der Umsetzung dieser Maßnahmen wird dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz erstmalig in der ersten Julisitzung 2016 berichtet.

Weitere Berichte folgen halbjährlich bis zur vollständigen Umsetzung der Maßnahmen.

Begründung:

BSE, Schweinemastskandal, Gammelfleisch, Dioxin und PCB in Fisch, Fleisch und Eiern, ekelregeende Zustände bei Müller-Brot, Pferdefleisch in Fertiggerichten, EHEC und zuletzt Salmonellen belastete Eier aus Bayern haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Wirksamkeit des staatlichen Risikomanagements beim gesundheitlichen Verbraucherschutz stark beeinträchtigt. Der vorliegende Maßnahmenplan soll durch Vorschläge für organisatorische und normative Änderungen zu einer verbesserten Problembewältigung beitragen.

Hergebrachte Zuständigkeiten staatlicher Ebenen werden durch einen unabhängigen Landesbeauftragten für Verbraucherschutz ersetzt, der mit ebenfalls unabhängigen Strukturen der Ämter für Verbraucher- und Tierschutz als starker Vertreter der Verbraucher deutlich effektiver und unmittelbar Verbraucherinteressen wahrnehmen kann. Die organisatorischen Empfehlungen sollen die Qualität der unternehmerischen Eigenkontrolle verbessern, die Möglichkeiten staatlicher Kontrollbehörden erweitern und die Diskussion zur Stärkung der Lebensmittelsicherheit unterstützen.

In der Vergangenheit wurde eine intensive Zusammenarbeit der einzelnen Bundesländer immer wieder abgelehnt. In dieser Frage soll und muss ein Politikwechsel stattfinden. Die Schaffung eines bundeseinheitlichen Kontrollsysteins ist unabdingbar. Die von Lebensmitteln ausgehenden Gefahren machen, wie zuletzt bei dem Skandal um Bayern-Ei erneut deutlich wurde, weder vor Grenzen der Bundesländer noch vor den Grenzen anderer Staaten halt. Die Umsetzung des Maßnahmenplans erfordert in einem zweiten Schritt, um konsequent Gefahren für die Gesundheit der Verbraucher zu bekämpfen, die Europäisierung der Kontrollmaßnahmen.

Hinsichtlich der Spezialeinheiten wird der Aufgabenbereich klar definiert. Hierbei wird berücksichtigt, dass die immer weiter zunehmende Globalisierung des Lebensmittelmarkts besonderes Fachwissen erfordert.

Personelle Maßnahmen wie die Rotation des Überwachungspersonals und der Ausbau der personellen und sächlichen Kapazitäten sind die logische Konsequenz aus den erwähnten Lebensmittelskandalen. Ohne den Abbau von Kontrolldefiziten werden sämtliche Maßnahmen für mehr Lebensmittelsicherheit scheitern. Der Prozess der Optimierung der Personal situation muss sich perspektivisch auch mit der Frage der adäquaten Eingruppierung, Höhergruppierung und Laufbahn auseinandersetzen.

Um selbstbewusst, zielsicher und wirkungsvoll agieren zu können, müssen die Kontrollbehörden hinsichtlich der Rechtslage umfassend geschult werden. Eine erste Maßnahme ist eine erläuternde Zusammenstellung aller Rechtsvorschriften, die den Kontrollbehörden zur Verfügung gestellt wird. Konsequenterweise sind nach Umsetzung der Erstellung einer Handreichung Weiterbildungsmaßnahmen daraufhin zu überprüfen, ob Angebote für eine aktuelle und umfassende Schulung bzgl. einer korrekten Rechtsanwendung bestehen.

Das Vertrauen der Verbraucher in die Sicherheit von Lebensmitteln und in einen umfassenden Gesundheitsschutz wird nur wiederhergestellt werden können, wenn ständig Optimierungsmöglichkeiten überprüft und die rechtlichen und organisatorischen Regelungen weiterentwickelt werden.

Der Maßnahmenkatalog nimmt Bezug auf das von der damaligen Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, beauftragte Gutachten zu Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, Prof. Dr. Dieter Engels, Präsident des Bundesrechnungshofs, 2012 sowie auf Forderungen zur Verbesserung des Verbraucherschutzes durch den ehemaligen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 17/9793**

**Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz -
Maßnahmenpaket zur Stärkung der Lebensmittel-
überwachung**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Eric Beißwenger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 18. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 9. März 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 5. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/9793, 17/10733

Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz – Maßnahmenpaket zur Stärkung der Lebensmittelüberwachung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich **Tagesordnungspunkt 4** aufrufen:

Abstimmung

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:
Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung
15.12.2015 - 08.03.2016
Drs. 17/9737, 17/10695 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprachförderung in bayerischen Kindertagesstätten verbessern – Sonderprogramm zur Förderung von Flüchtlingskindern und Kindern mit Migrationshintergrund auflegen
Drs. 17/9193, 17/10562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integration ist eine Daueraufgabe – Lehrerinnen und Lehrern für Deutsch als Zweitsprache sichere Arbeit geben
Drs. 17/9252, 17/10611 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Umgang mit Regenwasser in Bayern
Drs. 17/9370, 17/10621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Konsequenzen aus den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln
Drs. 17/9718, 17/10707 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Mindestinvestitionskosten für Maßnahmen zur Einbruchssicherheit abschaffen
Drs. 17/9791, 17/10412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz – Maßnahmenpaket zur Stärkung der Lebensmittelüberwachung
Drs. 17/9793, 17/10733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einbeziehung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst bei geplanter Meinungsumfrage zu Denkmalschutz und -pflege
Drs. 17/9803, 17/10646 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP) unterstützen
Drs. 17/9804, 17/10706 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbericht Entwicklungskonzept Donaumoos
Drs. 17/9826, 17/10472 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rückkehr in Würde ermöglichen, bei Abschiebungen die Situation des Einzelfalls berücksichtigen
Drs. 17/9833, 17/10709 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutsches Museum – Außenstelle Nürnberg
Drs. 17/9837, 17/10647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Informationstafeln an staatlichen Gebäuden mit NS-Bezug
Drs. 17/9838, 17/10648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reichsparteitagsgelände Nürnberg
Drs. 17/9839, 17/10649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch u.a. SPD
Polizeibootshaus in Utting am Ammersee
Drs. 17/9842, 17/10411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für funktionsfähige Rückkehr- und Reintegrationsprojekte in den Balkanländern sorgen
Drs. 17/9849, 17/10726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik
Drs. 17/9930, 17/10727 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
UAVs für die Bayerische Polizei
Drs. 17/9949, 17/10413 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Weiterentwicklung der geriatrischen Forschung und Lehre
Drs. 17/9975, 17/10650 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zum aktuellen Stand der grenzüberschreitenden Notrettung
Drs. 17/10006, 17/10524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umfassendes Verbot von Legal Highs
Drs. 17/10011, 17/10717 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungswidrige Bargelobergrenzen verhindern – Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen
Drs. 17/10126, 17/10731 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)
Drs. 17/10204, 17/10480 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz
Drs. 17/10296, 17/10481 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ Bayern dauerhaft sicherstellen
Drs. 17/5098, 17/10200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.